

# Wiesbadener Integrationsausschuss diskutiert über den Umgang mit Stolpersteinen

*Von Ingeborg Toth*

WIESBADEN - Wir kennen sie alle, die Gedenktafeln aus Messing, ins Trottoir verlegt. Die Aktion des Künstlers Gunter Demnig gilt dem jeweils letzten Wohnort von Opfern aus der NS-Zeit. Dem Wohnort, der von den Menschen noch freiwillig gewählt wurde. Das betont Elisabeth Lutz-Kopp vor dem Ausschuss Integration und Völkerverständigung, der im Untergeschoss einer türkischen Moschee in der Holzstraße tagte. Lutz-Kopp leitet beim Aktiven Museum Spiegelgasse die Aktion Demnigs, der in Deutschland, Österreich, Ungarn und den Niederlanden mit den Messing-Platten in Form eines Pflastersteins an die ermordeten Juden Europas erinnert.

Über 500 solcher „Steine“ sind inzwischen in Wiesbaden verlegt. Jetzt sind einige im Stadtarchiv gelandet. Dessen Mitarbeiter, der Historiker Axel Ulrich, findet das unerträglich: „Auf dem Stolperstein steht ‚Hier wohnte...‘ Wenn wir den Stein nicht verlegen können, dann trifft die Inschrift nicht zu. Wir haben unser Ziel nicht erreicht.“

Die Stadtverordnete Sabine Dumont du Voitel, FDP, fragte nach der Gruppe derer, die Widerstand gegen eine Verlegung leisten. Es seien meist die Besitzer von Einfamilienhäusern, die nicht einverstanden sind, lautete die Antwort. Dahinter stecke oft die Furcht, mit den NS-Gräueln in Verbindung gebracht zu werden, wenn so eine Gedenkplatte auf dem Gehsteig verlegt wird.

„Nicht erzwingen“

In Wiesbaden wird der Hauseigentümer gefragt. Man setzt sich mit ihm „ins Benehmen, mit dem Ziel der Verständigung“ – so steht es in dem dazugehörigen Stadtverordnetenbeschluss. Und das, obwohl die Stolpersteine im öffentlichen Grund verlegt werden. Der SPD-Stadtverordnete Peter Schickel, der im Stadtparlament für die Stolperstein-Aktion gefochten hat: „Man sollte die Verlegung nicht erzwingen. Das ist dem Projekt nicht dienlich.“ Juristische Auseinandersetzungen, wie etwa in Stuttgart, will man in jedem Fall vermeiden. Jetzt soll im Kulturdezernat von Rose-Lore Scholz überlegt werden, wie man mit den Nein-Sagern umgeht. Ulrich verwies darauf, dass die Stolpersteinaktion mittlerweile „das größte dezentrale Mahnmal der Welt“ ist. Aber er weiß auch: „Gedenken kann man nicht verordnen.“

„Mehr Migranten in soziale Berufe“ lautete ein Antrag, den die SPD- und die CDU-Fraktion des Ausschusses gemeinsam stellten. Es gab in Wiesbaden Informationskampagnen, die das Ziel hatten, junge Menschen mit Migrationshintergrund für die Feuerwehr oder die Pflegeberufe zu interessieren. Es wurde die Frage gestellt, ob man nicht mehr auf die zugehen müsse. Der Ausschuss verlangte einen Bericht von der Stadt, welche Erfolge erzielt wurden. Zugleich soll überlegt werden, wie man erfolgreicher werden kann.